

# Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses

## Öffentliche Sitzung

<b><u>Termin der Sitzung:</u></b>	18.10.2017
<b><u>Ort der Sitzung</u></b>	Schwanseestr. 17, Cafeteria
<b><u>Beginn der Sitzung:</u></b>	17.30 Uhr
<b><u>Ende der Sitzung:</u></b>	19.30 Uhr

Es sind 14 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

### 1. Bestätigung der Tagesordnung

Frau Harke fragt nach Anmerkungen, Hinweisen und Änderungswünschen zur Tagesordnung.

Die Jugendhilfeausschussvorsitzende lässt abstimmen:

	Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Tagesordnung in der vorliegenden Form.		
<b><u>Abstimmungsergebnis:</u></b>	Ja-Stimmen	Enthaltungen	Nein-Stimmen
	14	0	0

### 2. Bestätigung der Niederschrift vom 06.09.2017

Frau Harke fragt nach Anmerkungen, Hinweisen und Änderungswünschen zur Niederschrift vom 06.09.2017.

Die Jugendhilfeausschussvorsitzende lässt abstimmen:

<b><u>Beschluss:</u></b>	Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Niederschrift vom 06.09.2017.		
<b><u>Abstimmungsergebnis:</u></b>	Ja-Stimmen	Enthaltungen	Nein-Stimmen
	12	2	0

### 3. Beratung zum Jugendhilfehaushalt

Frau Harke nimmt Bezug auf die Tischvorlage und ergänzt, dass die Stadträte den Haushalt auch erst heute vorgelegt bekamen. Herr Kleine wird in den Haushalt einführen und einige Eckpunkte vorstellen. Herr Lepka (Abteilungsleiter Haushalt) ist anwesend und kann etwas zu den Ausgaben im Bereich HzE sagen.

Herr Kleine bittet um Nachsicht, dass der Haushalt lediglich als Tischvorlage ausgegeben wurde. In der heutigen Sitzung wird dazu kein Beschluss gefasst, die Mitglieder haben erst einmal Zeit zum einlesen, ein Beschluss könnte in der Novembersitzung gefasst werden. Am 13.12.2017 ist eine Beschlussfassung im Stadtrat vorgesehen.

Herr Kleine erläutert, dass der Haushalt 2018 durch einige „Unbekannte“ gekennzeichnet ist. So existieren manche Gesetze, die finanzielle Auswirkungen haben werden, erst im Entwurf. Er nennt das Thüringer Finanzausgleichsgesetz und das Thüringer KitaG. Unbekannt sind auch die Steuereinnahmen, da eine Steuerschätzung erst im November durchgeführt wird. Er geht jedoch von konstanten Steuereinnahmen aus. Unbekannt ist auch die Höhe der Gewerbesteuererstattungen für Unternehmen.

Mit Blick auf den Vermögenshaushalt erklärt Herr Kleine, dass Anmeldungen der Ämter in Höhe von 40 Mill. Euro vorlagen. Diese Summe musste reduziert werden. Er verweist auf die Förderprogramme des Bundes und des Landes im Bereich der Kindertageseinrichtungen. Hier sind alle Mittel weitgehend aufgeteilt. Es ist so, dass vorwiegend Brandschutzgutachten erstellt werden sollen, die entsprechende Maßnahmen nach sich ziehen. Alles kann in 2018 nicht abgearbeitet werden. Weiterhin erwähnt Herr Kleine die Zuschüsse für die betriebsnahe Kita und für die Kita Holzwürmchen.

Herr Kleine erläutert, dass der Haushalt bereits Sperrvermerke enthält. Der Jugendhilfebereich ist davon jedoch nicht betroffen.

Herr Kleine erläutert einige Haushaltsstellen:

45560 58500

Herr Kleine verweist auf die „Kampagne Pflegefamilien“, hier wurde um ca. 200 € reduziert.

45570 25100

Herr Kleine erläutert die Einnahmesteigerung.

45570 25116

Herr Kleine erläutert die Steigerung, die sich im Haushaltsvollzug ergeben hat.

45570 77130

Herr Kleine erläutert die Reduzierung in dieser Haushaltsstelle.

Frau Harke erläutert die Haushaltssystematik.

Herr Faßnacht verweist auf eine Änderung beim Jugendförderverein (45730 71716) und fragt, wie es zu dieser Änderung kommt.

Frau Bauer antwortet, dass das Angebot evaluiert wurde und der Haushaltsansatz gemäß der in 2017 ausgezahlten Summe angepasst wurde. Sie verweist auf die gesunkenen Fallzahlen.

Mit Blick auf den Deckungsring HzE erläutert Herr Kleine, dass vom Jugendhilfeausschuss 7,598 Mill. Euro angemeldet wurden, im vorliegenden Entwurf sind 7,525 Mill. Euro ausgewiesen, was einer Reduzierung von 75.000 Euro entspricht. Er erläutert die momentane Situation und verweist darauf, dass ca. 87,5 % der Mittel abgerufen werden.

Herr Kleine verweist auf den Bereich UVG. Hier ist man davon ausgegangen, dass es eine Verdoppelung der Fälle geben wird, die jedoch nicht eingetreten ist. In diesem Bereich wird es dennoch Mehrausgaben geben. Davon werden 70 % vom Bund und vom Land refinanziert, 30 % müssen durch Rückholung erbracht werden. Herr Kleine macht auf die Rückholquote aufmerksam und erläutert die damit möglicherweise verbundenen juristischen Schwierigkeiten.

Die Steigerungen im Kita-Bereich sind überwiegend auf die Personalausgaben zurückzuführen.

Herr Lepka erläutert, dass 2017 im Deckungsring HzE 7,1 Mill. Euro eingestellt sind. Davon sind zum heutigen Tag 5,2 Mill. Euro ausgegeben worden, es bleibt ein Rest von 1,9 Mill. Euro. Das sind ca. 1,6 % mehr als im vergangenen Jahr. Er geht davon aus, dass das Ergebnis etwas höher ausfallen kann, was jedoch durch Einnahmen gedeckt werden kann. Im Bereich Kostenerstattung durch andere Träger wurden 600.000 Euro Einnahmen geplant, davon sind bereits 520.000 Euro realisiert.

Herr Prim fragt nach der Haushaltsstelle 46400 71820.

Herr Lepka antwortet, dass man, bedingt durch das beitragsfreie Kita-Jahr, weniger Mittel für die Kostenerstattungen benötigt.

Frau Harke bittet die Verwaltung, den Vorbericht zum Haushalt und den Einzelplan 4 zu versenden.

Frau Jünemann bittet um die Versendung der Handouts.

Frau Harke verweist auf den 29.11.2017. Das ist der Termin für die letzte Jugendhilfeausschusssitzung. Hier müsste ein Beschluss gefasst werden, wenn der Stadtrat im Dezember beschließen soll. Sollte eine Sitzung nicht ausreichen, müsste eine Sondersitzung anberaumt werden.

Herr Kleine bittet darum, Fragen direkt an das Familienamt zu schicken, damit diese umgehend beantwortet werden können.

### Vermögenshaushalt

Frau Harke begrüßt Herrn Dr. Daube.

Herr Kleine verweist auf die Liste der Maßnahmen und die Erläuterungstexte und die im Gruppierungstext aufgeführte Herkunft der finanziellen Mittel. Er wiederholt, dass es im Schwerpunkt um die Verbesserung des Brandschutzes geht. Er erläutert, dass in der Priorisierung einige Außenanlagen nach hinten gerückt sind.

Herr Dr. Daube ergänzt auf Nachfrage, dass die TGW dazu übergeht für Kitas Brandschutzkonzepte zu erstellen. Diese geben Klarheit darüber, was diesbezüglich verbessert werden kann.

Herr Kind fragt, warum Spielplätze so teuer sind.

Herr Kleine erläutert, dass es hier nicht um einen Sandkasten und ein Klettergerüst geht und erläutert das Verfahren.

Frau Harke wirft ein, dass ein Bolzplatz ca. 250.000 Euro kostet. Sie verweist auf die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.

Herr Kasper erläutert, dass es ein Unterschied ist, einen Spielplatz neu zu gestalten oder nur Geräte auszutauschen.

Herr Hottenrott bittet darum, dass die Neugestaltung in der Böttchergasse 9 insgesamt (umfassend) betrachtet wird.

Frau Harke geht davon aus, dass die einzelnen Bereiche abgestimmt vorgehen werden.

Frau Harke kündigt an, dass Frau Solaß in einer der nächsten Sitzungen über Beteiligung von Kindern und Jugendlichen berichten wird.

Frau Unger verweist darauf, dass die Thüringer Unfallkasse das Außengelände der Kita Fröbel gesperrt hat.

Herr Kleine antwortet, dass das bekannt ist und Reparaturmaßnahmen durchgeführt werden sollen. Es handelt sich dabei nicht um eine Umgestaltung.

Frau Unger verweist darauf, dass es nicht damit getan ist, wenn die Platten ausgetauscht werden. Die Spielgeräte wurden gesperrt.

<b>4</b>	<b>Beschlussfassung der Maßnahmen der schulbezogenen Jugendarbeit 2018</b>
----------	--

Frau Harke berichtet aus der Sitzung des Unterausschusses Jugendförderung vom 16.10.2017. Dort wurde der Verwaltungsvorschlag vorgestellt, diskutiert und dem Jugendhilfeausschuss zu Beschlussfassung empfohlen.

Herr Keune erläutert die Tabelle und die Verteilung der Mittel.

<b><u>Beschluss:</u></b>	Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Förderung der Maßnahmen und Projekte der schulbezogenen Jugendarbeit in 2018. (siehe Anhang)		
<b><u>Abstimmungsergebnis:</u></b>	Ja-Stimmen	Enthaltungen	Nein-Stimmen
	14	0	0

**5. Beschlussfassung der Maßnahmen der schulbezogenen Jugendsozialarbeit**

Frau Harke berichtet aus der Sitzung des Unterausschusses Jugendförderung vom 25.09.2017. Dort wurden die beiden Verwaltungsvorschläge vorgestellt, diskutiert und dem Jugendhilfeausschuss zu Beschlussfassung empfohlen.

Herr Keune erläutert die Finanzierung und macht darauf aufmerksam, dass die vom Land in Aussicht gestellt Höhe der Mittel nicht ausreichend ist, um den derzeit bestehenden Status zu halten. Daher sind noch 23.000 Euro kommunale Mittel nötig. Insgesamt wird auf Kontinuität gesetzt. Herr Keune geht auf das Programm „Jugend stärken im Quartier“ ein und skizziert Möglichkeiten für die schulbezogene Jugendsozialarbeit, die sich aus der Veränderung der Richtlinie ergeben werden. Allerdings kann das erst 2019 greifen.

Frau Harke ergänzt, dass es keine Veränderung der Trägerschaft gibt.

Die Jugendhilfeausschussvorsitzende lässt abstimmen:

<b><u>Beschluss:</u></b>	Der Jugendhilfeausschuss beschließt vorbehaltlich der Bewilligung der beantragten Finanzierung folgenden Kosten und Finanzierungsplan für die schulbezogene Jugendsozialarbeit für den Zeitraum vom 01.01.2018 bis 30.06.2018 im Rahmen der durch das Land Thüringen mittels Verpflichtungsermächtigung in Aussicht gestellten Mittel.		
	<b>Kostenplan</b>		
	Gesamtkosten AWO                      65.718,52 Euro Personalkosten lt. Trägerantrag/TVÖD aktuell, Sachkosten 2.000 Euro je Schule, Overheadkosten 2,5% der PK)		
	Gesamtkosten JUL                      113.878,40 Euro Personalkosten lt. Trägerantrag/TVÖD aktuell, Sachkosten 2.000 Euro je Schule, Overheadkosten 2,5% der PK)		
	Gesamtkosten Koordination 14.239,53 Euro		
	<b>Kosten gesamt</b>	<b>193.836,45</b>	
	<b>Finanzierungsplan</b>		
	Fördermittel Land	193.836,45	
	<b>Finanzierung gesamt:</b>	<b>193.836,45</b>	
<b><u>Abstimmungsergebnis:</u></b>	Ja-Stimmen	Enthaltungen	Nein-Stimmen
	11	3	0

Die Jugendhilfeausschussvorsitzende lässt abstimmen:

<b><u>Beschluss:</u></b>	Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Fortführung der folgenden Maßnahmen der schulbezogenen Jugendsozialarbeit für den Zeitraum 01.01.2018 bis 30.06.2018 im Rahmen der durch das Land Thüringen mittels Verpflichtungsermächtigung in Aussicht gestellten Fördermittel für schulbezogene Jugendsozialarbeit in der Stadt Weimar.		
	In Trägerschaft des Förderkreises JUL gGmbH		
	TGS Carl Zeiß		1,000 VbE
	RS Schöndorf		0,500 VbE
	RS Pestalozzi		1,000 VbE
	RS Parkschule		1,000 VbE
	GY Friedrich Schiller		0,500 VbE
	GY Humboldt		0,500 VbE
	In Trägerschaft des AWO Kreisverband Jena-Weimar e.V.		
	GS Johannes Falk		1,000 VbE
	GS Albert Schweitzer		0,500 VbE
	GS Schöndorf		1,000 VbE
	GS Lucas Cranach		1,000 VbE
	Koordination Amt für Familie und Soziales		0,500 VbE
<b><u>Abstimmungsergebnis:</u></b>	Ja-Stimmen	Enthaltungen	Nein-Stimmen
	12	2	0

**6. DS 94/2017 Betriebskostenerstattungsverordnung für die Betreuung von Kindertageseinrichtung in Weimar (BKEVO)**

Frau Harke berichtet aus dem Unterausschuss Kindertageseinrichtungen und Tagespflege. Dort gab es sehr viel Kritik am Entwurf der Verwaltung. Die Anzahl der Proberechnungen wurde als zu gering und nicht aussagefähig beanstandet. Es sollen weitere Proberechnungen erfolgen. Es wurde auf eine Zusammenarbeit der Verwaltung mit den Trägern gedrängt. Es wurde vorgeschlagen, die BKEVO so lange zurückzustellen, bis klar ist, was das neue ThürKitaG vorschreibt. Die Verwaltung wurde beauftragt zu prüfen, was unbedingt geregelt werden soll.

Herr Kleine führt aus, dass die Verwaltung den Auftrag hatte, eine Drucksache vorzulegen. Das Ergebnis liegt inzwischen weit vom ersten Entwurf entfernt. Im Bereich der Beiträge konnte nicht nachgewiesen werden, welche Auswirkungen eine prozentuale Berechnung hat. Daher ist die erweiterte Tabelle zunächst ein Angebot. Diese muss jedoch mit weiteren Proberechnungen untersetzt werden. Wir wollen nichts beschließen, was in seiner Tragweite nicht abgeschätzt werden kann.

Herr Kleine erklärt weiter, dass er sich an das Kultusministerium gewandt hat, mit der Frage, was zwingend in einer Neufassung der bisherigen Förderrichtlinie Berücksichtigung finden muss. Er erhielt mündlich die Auskunft, dass es eine Übergangsfrist geben wird und die Stadt nicht schlechter gestellt wird. Wenn das so ist, ist die Stadt nicht gezwungen, kurzfristig

eine Veränderung vorzunehmen. Er verweist darauf, dass die Beitragsfreiheit bereits beschlossen, das eigentliche Gesetz aber noch in im Entwurfsstadium ist. Herr Kleine schlägt vor, die BKEVO vorläufig zurückzustellen um Zeit für weitere Proberechnungen zu haben. Er möchte jedoch abwarten, bis er die Information des Kultusministerium schriftlich vorliegen hat.

Herr Stadelmann fragt, wie viele Berechnungen vorgenommen wurden.

Frau Bauer antwortet, dass es 80 waren und noch einmal 45 hinzugekommen sind.

Herr Stadelmann erwidert, dass man die Einstufungen in der Tagespflege heranziehen könnte, dann hätte man bereits 400 Berechnungen vorliegen.

Herr Hottenrott führt aus, dass der Eindruck entsteht, als würden lediglich die Gebühren im Fokus stehen. Es wurden jedoch weitere Themen besprochen: z.B. eine zentrale Einstufung – die wurde aus rechtlichen Gründen verworfen. Er macht deutlich, dass es nicht darum geht, dass die Eltern möglichst wenig bezahlen. Es geht um einen fairen Ausgleich zwischen Stadt und Eltern.

Frau Grosse-Röthig verweist auf die Stellungnahme zur Versicherungspauschale und die darin geäußerten Bedenken. Sie möchte wissen, wie damit verfahren wird.

Herr Kleine antwortet, dass im Zuge der Diskussion, dass die Stadt nicht einstufen darf, die Frage der Angemessenheit des Elternbeitrages im Raum stand. Eine Angemessenheit ist gegeben. Daher ist es irrelevant, ob 30 oder 40 Euro angenommen werden. Auch hierzu wurde das Kultusministerium angefragt. Er macht darauf aufmerksam, dass sich die Frage nicht stellen würde, wenn prozentual eingestuft würde.

Herr Kind stellt den Antrag, dass folgende Punkte bis 31.03.2018 von der Verwaltung geprüft werden:

1. Es sollen möglichst 500 – 600 Proberechnungen vorgenommen werden, damit eine aussagefähige Datenbasis vorhanden ist.
2. Ziel soll ein vereinfachter Einkommensbegriff sein und eine mögliche prozentuale Berechnung der Kita-Gebühren.
3. Ein mögliches „Stundenhopping“ der Eltern soll vermieden werden, hierzu sollen Möglichkeiten geprüft werden, wie das zu verhindern ist.

Er erklärt, dass er eine Basis möchte, auf der er entscheiden kann.

Herr Albrecht möchte wissen, welche Daten die Träger zuarbeiten sollen.

Herr Kleine antwortet, dass das anrechenbare Einkommen erfasst werden soll.

Herr Hottenrott möchte im Unterausschuss noch einmal zusammenfassen, welche Ideen der Förderrichtlinie zugrunde gelegt werden sollen.

Frau Harke lehnt das ab.

Herr Faßnacht fragt, ob die Verwaltung den Auftrag übernimmt.

Herr Kleine antwortet, dass man dafür Zeit benötigt.

Die Verwaltung übernimmt den Prüfauftrag.

## **7. Informationen der Verwaltung**

Auf Nachfrage von Frau Harke antwortet Frau Pfers-Helbing, dass es 4 Meldungen zu besonderen Vorkommnissen in Kindertageseinrichtungen gab. Keine dieser Meldungen stand im Zusammenhang mit Personalangelegenheiten.

Herr Kleine informiert über überplanmäßige Ausgaben im Bereich des Unterhaltsvorschussgesetzes (UVG). Es geht um 305.000 Euro, diese sollen aus anderen Haushaltsstellen im Bereich des SGB XII gedeckt werden.

Herr Kleine informiert über ein Rundschreiben an die Jugendämter. Darin werden diese aufgefordert, die Kinder zu melden, die das beitragsfreie Kita-Jahr in Anspruch nehmen. Er verweist auf einen Mehraufwand bei den Trägern.

Herr Kleine kündigt eine Vorstellung der Baumaßnahme des Studierendenwerkes im Ausschuss an.

Frau Harke informiert darüber, dass Frau Märten zur Vorsitzenden des Unterausschusses Jugendförderung gewählt wurde.

Frau Harke informiert darüber, dass am 16.10.2017 im UA Jugendförderung ein Zeitplan zur Fortschreibung des Jugendförderplanes präsentiert und diskutiert wurde. Aktuell ist eine Beschlussfassung für den Februar 2019 im Stadtrat geplant.

<b>8. Sonstiges</b>
---------------------

Herr Wiechmann äußert sein Interesse im Unterausschuss Hilfen zur Erziehung mitzuarbeiten.

Die Jugendhilfeausschussvorsitzende lässt abstimmen:

<b><u>Beschluss:</u></b>	Der Jugendhilfeausschuss entsendet Herrn Wiechmann in den Unterausschuss Hilfen zur Erziehung.		
<b><u>Abstimmungsergebnis:</u></b>	Ja-Stimmen	Enthaltungen	Nein-Stimmen
	mehrheitlich	keine	keine

Ende der Sitzung: 19.30 Uhr

Protokoll: Ralf Ermisch